

„Mit gewerkschaftlichem Gruß!“ Afrikanische GewerkschafterInnen an der FDGB- Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* in der DDR¹

Immanuel R. Harisch

Zusammenfassung

Die Welle der politischen Dekolonisierung im „Afrika-Jahr“ 1960 eröffnete afrikanischen Akteuren neue Mobilitätskanäle. Geprägt durch die internationale Systemkonkurrenz markierte diese Zäsur für den *Freien Deutschen Gewerkschaftsbund* (FDGB) der DDR den Auftakt für enge Beziehungen zu Gewerkschaften und Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent. In der Folge studierten in den 1960er-Jahren GewerkschafterInnen aus mindestens 19 afrikanischen Ländern am *Ausländerinstitut* der Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* in Bernau bei Berlin. Dort erwarben die Studierenden eine theoretisch-politische Ausbildung und „Instrumente“ für die konkrete Anwendung der Schulung auf ihre nationalen (Befreiungs-)Kontexte und gewerkschaftliche Arbeit. Basierend auf einer kritischen Betrachtung von DDR-Archivmaterial (Lehrpläne, Sitzungsprotokolle, Praktikumsberichte und Briefwechsel) werden individuelle Erfahrungen, der institutionelle Rahmen der Gewerkschaftshochschule sowie die „anti-imperialistische Solidarität“ im Zeitalter des Ost-West-Konflikts beleuchtet. Studentische Beschwerden über Rassismen stellten das „offizielle Skript“ der „anti-imperialistischen Solidarität“ der DDR auf die Probe und offenbarten Strategien der Verschleierung durch die Fakultätsleitung. Neben einer Analyse der vom Marxismus-Leninismus geprägten Wissensaneignung zeige ich auf, wie die afrikanischen GewerkschafterInnen das Studium in Bernau als „Türöffner“ für soziale Mobilität zu nutzen versuchten.

¹ Ich danke an dieser Stelle Katharina Fritsch, Inge Grau, Arno Sonderegger und Herausgeber Eric Burton für ihre hilfreichen Korrekturen und weiterführenden Kommentare.

Einleitung

„Momentan bin ich bei der ‚Daily Nation‘ [kenianische Tageszeitung] beschäftigt, aber wir sind nicht gut dran. Sie kennen die Lage hier [in Kenia], und wissen, wie es denen von uns geht, die in den sozialistischen Ländern studiert haben. Sie können mir, wie es vorgeschlagen worden ist, sagen: Wenden Sie sich an Ihr Ministerium! Aber das Ministerium würde keine Maßnahmen ergreifen und keinen Journalisten fördern, der im sozialistischen Ausland studiert hat.“ (Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde SAPMO, fortan SAPMO-BArch, DY 79/619 – a, unpag.)

Mit der Bitte um „eine Teilnahmeberechtigung für irgendeinen laufenden Journalismus-Lehrgang in der DDR“ wandte sich der Bernau-Absolvent und Journalismus-Gewerkschafter Joseph Ndungu aus Nairobi 1966 per Brief an den Leiter der Gewerkschaftshochschule, Karl Kampfert. In Ndungus Heimat Kenia tobte gerade ein parteiinterner Machtkampf zwischen dem kapitalistischen, pro-westlichen Flügel Tom Mboyas und dem stärker marxistisch orientierten Kurs Oginga Odingas. Im März 1966 wurde der linke Flügel um Odinga innerhalb der Regierungspartei *Kenya African National Union* (KANU) entmachtet, Odinga trat als Vizepräsident zurück und gründete mit seinen verbliebenen MitstreiterInnen die *Kenya People's Union* (KPU), die sich in den Folgejahren als Oppositionspartei immer stärkeren Repressalien durch die Regierung und Sicherheitspolizei ausgesetzt sah und schließlich 1969 verboten wurde (Miller 1984: 35f.; Schicho 2004: 273f; Teubert-Seiwert 1987: 54).

Diese persönliche Episode eines Absolventen der DDR-Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* in Bernau² illustriert, wie der Ausbildung aus sozialistischen Ländern eine kurze Halbwertszeit beschert sein konnte; politisch-ideologische Richtungsentscheidungen wie jene in Kenia hatten zu Zeiten der internationalen Systemkonkurrenz zwischen Kommunismus und Kapitalismus direkte Auswirkungen auf die Wertigkeit der erhaltenen Ausbildung und damit auf die persönliche Zukunft der AbsolventInnen im Heimatland. Um seiner misslichen Lage zu entkommen,

² Ursprünglich hatte das Institut für Ausländerstudium seinen Sitz in Leipzig, zog aber noch während des 2. Lehrgangs im Jahr 1960 an die FDGB-Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* in Bernau um (Angermann 2018: 36).

suchte Joseph Ndungu die geknüpften Bande für einen Studienaufenthalt in der DDR zu nutzen.

Für mehrheitlich junge Menschen wie Ndungu hatte die Ausweitung des sozialistischen Weltsystems nach dem 2. Weltkrieg neue, meist staatlich regulierte, Kanäle für internationale Mobilität zwischen der „Zweiten“ und der „Dritten“ Welt geschaffen (Schenck 2016: 213; Burton 2016, 2017a, i.E.; Rwezahura o.J.; Saint Martin et al. 2015; Storkmann 2012; Unfried 2016; van der Heyden et al. 1993, 1994). Die afrikanische Gewerkschaftsbewegung nahm darin einen bedeutenden Platz ein. Das Konkurrenzverhältnis der internationalen Gewerkschaftsbünde ermöglichte afrikanischen GewerkschafterInnen zusätzlich zu den Beziehungen zu den nationalen Counterparts Aufenthalte an Ausbildungsstätten in „Ost“ wie „West“ sowie ein Changieren zwischen den Blöcken (vgl. dazu Burton 2017a: 218-226). Angesiedelt in den 1960er Jahren behandelt dieser Beitrag die erste Dekade der *Afro-asiatischen Lehrgänge* an der *Ausländerfakultät* der Gewerkschaftshochschule des *Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes* (FDGB) der DDR in Bernau, wo zwischen 1960 und 1979 über 1800 GewerkschafterInnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika studierten (Schleicher 1998: 134).

Da die Ausbildung für ausländische, ganz überwiegend männliche³, GewerkschafterInnen in der DDR eng mit den Zielen des FDGB verknüpft war, beleuchte ich zu Beginn des Artikels die Leitlinien, Aktivitäten und Ziele des FDGB und umreißte seine Einbettung in die Außenpolitik Ostberlins. Die Herausbildung der Partnergewerkschaften auf dem afrikanischen Kontinent wird ebenso skizziert wie das Verhältnis der afrikanischen Gewerkschaften zu den internationalen Gewerkschaftsbünden.

Der zweite Abschnitt widmet sich der Wissensvermittlung an der Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* in Bernau und den Erfahrungen von afrikanischen Studierenden während der Ausbildung. Zu diesem Zweck analysiere ich die Lehrpläne des Studiengangs für afrikanische GewerkschafterInnen und zeige die Fixierung auf den Orbit des Marxismus-Leninismus auf. Anhand der Praktika der Studierenden in Betrieben der DDR werden Praxisrelevanz und Schwierigkeiten in der Ausbildung deutlich, darunter auch Rassismuserfahrungen von

³ Von 112 TeilnehmerInnen waren vier Personen weiblich (Angermann 2018: 55).

Studierenden.

Der dritte Abschnitt befasst sich mit der „Instrumentalisierung der Migration von unten“ (Schenck 2016: 225) während und nach dem Studium in Bernau, das viele Studierende als „Türöffner“ für ihre Karrieren zu nutzen versuchten. Briefwechsel der AbsolventInnen mit dem Fakultätspersonal erlauben uns sehr persönliche Einblicke in die vielfältigen individuellen Entwicklungsverläufe. In der Conclusio fasse ich die zentralen Erkenntnisse nochmals zusammen.

Die Forschungsliteratur zum hier vorgestellten Themenkomplex ist überschaubar. Bis dato wurden die in diesem Beitrag verhandelten Themen von verschiedenen Forschungsperspektiven aus beleuchtet. Motiviert durch die Ursachenforschung für den rasanten Anstieg rassistischer Gewalt in den neuen Bundesländern im vereinigten Deutschland in den 1990er-Jahren, die Dutzende Menschenleben auslöschte, rückten die Erfahrungen von MigrantInnen, ausländischen „VertragsarbeiterInnen“ und Minderheiten in der DDR rasch und dauerhaft in das Forschungsinteresse (Krüger-Potratz 1991; IZA/KKM/tdh/BAOBAB 1993; Behrends et al. 2003; Müller/Poutrus 2005; Zwengel 2010; van der Heyden et al. 2014). Über ausländische Studierende, die bis in die 1970er-Jahre (ausgenommen die stationierten sowjetischen SoldatInnen) die größte Gruppe neben DDR-BürgerInnen darstellte, existieren deutlich weniger Forschungen (Burton 2016, 2017a; Mac Con Uladh 2005a, 2005b; Pugach 2015; Wiedmann 1987). Spezifische DDR-Hochschulen wie die FDGB-Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* sowie die FDJ-Hochschule *Wilhelm Pieck* wurden noch kaum wissenschaftlich aufgearbeitet (Angermann 2018: 21). Eine Ausnahme bildet die kürzlich von Eric Angermann im Januar 2018 eingereichte Masterarbeit⁴ über afrikanische GewerkschafterInnen an der FDGB-Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert*, die eine nuancierte mikrohistorische Studie zu den Jahren 1961 bis 1963 darstellt (Angermann 2018).

Die Ergebnisse meiner Untersuchung entstammen in erster Linie den im Bundesarchiv Berlin überlieferten und „bislang in der Forschung kaum genutzten Archivalien“ (Angermann 2018: 23) wie etwa Lehrpläne, Berichte und Briefwechsel der Gewerkschaftshochschule. Wie andere Quellen auch, sind die DDR-Archivalien geprägt von Befangenheit, Vorurteilen, Ignoranz, und spiegeln die institutionellen Interessen des FDGB wider, dem als größte

⁴ Mein Dank geht an Eric Burton für das Weiterleiten der Arbeit von Eric Angermann.

„Massenorganisation“ eine herausragende Rolle im politischen System der DDR zukam (Mac Con Uladh 2005a: 15, 18; Bundesarchiv 2006). Trotz der erwähnten Problematiken stellen die Archivalien des FDGB die mit Abstand reichhaltigste und disponibelste Quelle dar, um die Ausbildung und Erfahrungen afrikanischer GewerkschafterInnen in der DDR zu rekonstruieren. Dabei folge ich einem transnationalen Zugang. Zur Betonung des persönlichen Handlungsspielraums wird auf die GewerkschafterInnen und ihre Grenzen überschreitenden Lebenswege „hineingezoomt“, zum Verständnis der ideologischen, administrativen und politischen Zusammenhänge und Entsendemechanismen wieder „hinausgezoomt“ (Burton 2016: 104f.; Cooper 2014: 10). Die große Anzahl an Briefen von afrikanischen GewerkschafterInnen⁵ – in den meisten Fällen in Originalfassung sowie deutscher Übersetzung – ermöglicht diesen akteurszentrierten Ansatz.

Die Afrikapolitik der DDR, der FDGB und afrikanische Gewerkschaften Anfang der 1960er-Jahre

Seit dem Jahr 1955 war die Außenpolitik der DDR maßgeblich durch die *Hallstein-Doktrin*⁶ geprägt worden, mit der die wirtschaftlich und politisch mächtigere Bundesrepublik die internationale Anerkennung der DDR bis Anfang der 1970er-Jahre weitgehend verhindern konnte. Länder, die mit der DDR offiziell Beziehungen eingehen wollten, mussten mit Sanktionen der Bonner Regierung rechnen, wie sie Sékou Tourés Guinea und Nyereres Tansania nach der Vereinigung von Tanganjika und Sansibar zu spüren bekamen (Graewe 1998: 84; Winrow 2009: 33-84; zu Guinea: van der Heyden 2013: 57f.; zu Tansania: Engel 2009).

⁵ Sarah Pugach (2016: 552) hat in ihrem Beitrag zu verschiedenen DDR-Archivalien bereits darauf hingewiesen, dass die archivierten Briefwechsel von Institutionen wie der FDGB-Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* seltene Einblicke zur Lage afrikanischer Studierender nach deren Rückkehr ermöglichen.

⁶ Die *Hallstein-Doktrin* prägte die außenpolitischen Prämissen der Bundesrepublik gegenüber der DDR von 1955 bis 1969. In diesem Zeitraum bewertete die westdeutsche Regierung das Eingehen offizieller diplomatischer Beziehungen mit der DDR als „unfreundlichen Akt“ und drohte den betreffenden Regierungen mit der Einstellung von Wirtschaftshilfe. Ab Ende der 1960er-Jahre führte die *Ostpolitik* des westdeutschen Bundeskanzlers Willy Brandt zu einer Annäherung beider Regierungen, die sich mit dem *Grundlagenvertrag* von 1972 gegenseitig als souveräne Staaten anerkannten (Winrow 2009: 33-84).

Die vom britischen Premierminister Harold Macmillan georteten „Winde der Veränderung“ – der antikoloniale Befreiungskampf, das Streben nach politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit und der Kampf gegen die rassistischen Siedlerregimes – verschoben den Schwerpunkt der DDR-Außenpolitik sukzessive von den Bandung-Teilnehmerländern Asiens und des Nahen Ostens auf den afrikanischen Kontinent. Die intensive Phase der Dekolonisation ab dem Jahr 1960 bot Ostberlin zusätzliche Spielräume für die diplomatische Anerkennungspolitik (Schleicher 1993: 13). Dem FDGB kam darin als „Massenorganisation“ mit eigenem Aktionsradius eine diplomatische Pionierrolle zu. Da die große Mehrheit der afrikanischen Regierungen die DDR nicht offiziell anerkannte, ermöglichten die Gewerkschaftsbeziehungen eine Umgehung der restriktiven *Hallstein-Doktrin* und dienten als Nährboden für staatliche Beziehungen zu einem späteren Zeitpunkt (Burton 2016: 115; Schleicher 1998: 112).

Durch den Erlös von Spendenmarken, die die Gewerkschaftsmitglieder des Gewerkschaftsbundes erwarben, agierte der FDGB als Hauptfinanzier des entwicklungspolitischen *Solidaritätskomitees* und („progressiver“) anti-kolonialer Befreiungsbewegungen (Schleicher 1998: 112, 114). Dem ersten bedeutenden Beschluss zur DDR-Afrikapolitik des Politbüros der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED) vom 4. Januar 1960 folgend, schloss der FDGB mit Gewerkschaften in Guinea, Ghana, Togo, der Elfenbeinküste, Kamerun und anderen Ländern Vereinbarungen. Darin bekannte sich der FDGB zur Leistung von „anti-imperialistischer Solidarität“ mittels Sachspenden und sagte Unterstützung bei der Ausbildung von afrikanischen GewerkschaftsfunktionärInnen zu – sowohl vor Ort, etwa an der Gewerkschaftshochschule des *Allgemeinen Gewerkschaftsbunds der Werktätigen Schwarzafrikas* (UGTAN) in Conakry, als auch in der DDR, wie an der Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* (Schleicher 1994: 85; van der Heyden 2013: 46). Der FDGB stellte seine Aktivitäten in die Tradition der internationalistischen Arbeiterbewegung. Der marxistisch-leninistischen Theorie der Klassenauseinandersetzung folgend, oblag der „Klassenorganisation der Werktätigen“ das Leisten „antiimperialistischer Solidarität“ mit den Gewerkschaftsorganisationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im Kampf gegen „Imperialismus, Kolonialismus und neokoloniale Ausbeutung“. Die Unterstützung der Arbeiterklasse als klassenbewusste Avantgarde in den verbliebenen Kolonien und „jungen Nationalstaaten“ wurde vom FDGB als

Voraussetzung für eine sozio-ökonomische Transformation staatssozialistischer Prägung verstanden (Schleicher 1998: 111).

Der afrikanische Gewerkschaftsbund UGTAN, der 1961 in den panafrikanischen *All-afrikanischen Gewerkschaftsbund* (AATUF) überging, war ein Produkt der heißen Phase gewerkschaftlicher Aktivität in den 1950er-Jahren, als die Rufe nach Gewerkschaftszentralen in Afrika, die spezifisch afrikanische Anliegen vertreten sollten, immer lauter wurden (Cooper 1996: 409). Afrikanische GewerkschafterInnen sahen sich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur als Vehikel des Protests gegen Arbeitsbedingungen, sondern nahmen durch ihre Wirkmächtigkeit in der kolonialen Wirtschaft einen bedeutenden Platz in der anti-kolonialen Bewegung ein. Dem westdeutschen Historiker Imanuel Geiss (1965: 20) zufolge lag in der engen Kooperation von Unabhängigkeitspartei und Gewerkschaft die „siegbringende Formel“ im Dekolonisationsprozess. Französische und britische Versuche, die Gewerkschaftsarbeit in ihren Kolonien als „unpolitisch“ und getrennt von der kolonialen Frage zu behandeln, stießen in internationalen Foren auf die entgegengesetzte Forderung der expliziten Politisierung und Einbindung der Gewerkschaftsarbeit in breitere antikoloniale Aktivitäten (Davies 1966: 46). Bereits seit 1949 hatten der US-amerikanisch dominierte *Internationale Bund Freier Gewerkschaften* (IBFG) und sein sowjetisch dominierter Counterpart, der *Weltgewerkschaftsbund* (WGB), dem der FDGB angehörte, um afrikanische Gewerkschaften gebuhlt und Frankreichs und Großbritanniens Einfluss zurückgedrängt. Finanzielle Unterstützung, Beratereinsätze, die Förderung von Kooperativen und kommerziellen Projekten sowie Stipendien und Bildungsprogramme durch IBFG und WGB stellten für die jungen und finanzschwachen Gewerkschaftsorganisationen Afrikas eine wichtige Aufbauhilfe dar (Geiss 1965: 31; Davies 1966: 209). Die DDR stand mit ihren Ausbildungsangeboten für GewerkschafterInnen in Leipzig, Ostberlin und Bernau nicht alleine da. Der westlich dominierte IBFG unterhielt ab 1958 eine Gewerkschaftshochschule in Kampala, US-amerikanische Gewerkschaftshochschulen boten Stipendien an, und die israelische Gewerkschaft *Histadrut* betrieb eine afro-asiatische Gewerkschaftshochschule in Tel Aviv mit US-amerikanischen Geldern. Im sozialistischen Lager existierten seit 1959 u.a. Gewerkschaftshochschulen in Budapest und Prag (Davies 1966: 210; Geiss 1965: 67).

Da die Vergabe der Aufbauhilfen und Stipendien durch die internationalen

Gewerkschaftsbünde politisch motiviert war, entstand unter afrikanischen GewerkschafterInnen zunehmendes Unbehagen, sich in den West-Ost-Konflikt hineinziehen zu lassen. Panafrikanische Leitlinien, die im Gefolge der von George Padmore und Kwame Nkrumah vorangetriebenen 1. Panafrikanischen Völkerkonferenz 1958 in Accra erneut Auftrieb erfahren hatten, inspirierten 1961 die Gründung des panafrikanischen AATUF (Geiss 1965: 87ff.; James 2012: 225). Der AATUF hob die Bedeutung afrikanischer Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit hervor, und suchte die Austragung der internationalen Systemauseinandersetzung auf afrikanischem Boden zu verhindern (Geiss 1965: 89). Infolge der moralischen, materiellen und finanziellen Unterstützung der AATUF-Gründung durch den sowjetisch dominierten Weltgewerkschaftsbund konnten kommunistische Gewerkschaften wie der FDGB ihre Kontakte zu den panafrikanisch orientierten Gewerkschaften Afrikas stärken, und den Einfluss des US-amerikanisch dominierten IBFG kontern, dessen afrikanische Mitgliedsorganisationen bis 1964 fast ausnahmslos aus dem IBFG ausgetreten und zum AATUF übergewechselt waren (Davies 1966: 207; Geiss 1965: 66).

Dem Bereich der Aus- und Weiterbildung kam in der DDR-Entwicklungspolitik insgesamt ein hoher Stellenwert zu. Mit vergleichsweise geringem materiellen Einsatz ließen sich positive Beziehungen mit Führungskräften—„Kadern“ im DDR-Jargon—der Partnerländer aufbauen sowie für das eigene Gesellschaftsmodell und die staatliche Außenpolitik werben. Die Aus- und Weiterbildung ermöglichte somit eine Verflechtung mit politisch-ideologischen Inhalten, die auf eine gesellschaftliche Transformation hin zum Marxismus-Leninismus abzielten (Graewe 1998: 87). Im Lichte „internationaler Solidarität“ präsentiert, sollten die ausländischen Studierenden dem SED-Regime zudem v.a. in den 1960er-Jahren zur Erreichung von diplomatischen und politischen Zielen sowie Außenhandelsagenden dienen. Deutlich wird dies an der zunehmenden Vielfalt der Studierendenschaft an ostdeutschen Universitäten, die weit mehr als nur die sozialistischen bzw. „sozialistisch orientierten“ Staaten umfasste (Mac Con Uladh 2005a: 40). Während der DDR die staatliche Anerkennung bis Anfang der 1970er-Jahre zumeist verwehrt blieb, kann der Aufbau eines losen Netzwerks von AbsolventInnen als ein Erfolg dieser Strategie verbucht werden.

Für afrikanische Regierungen unterschiedlicher politischer Ausrichtung bot der Konkurrenzkampf zwischen „Ost“ und „West“ eine willkommene Möglichkeit, nach der erreichten Unabhängigkeit rasch den großen Bedarf an qualifizierten Personen für die eigene Staatsbürokratie zu decken (Burton 2017b: 143f.). Für die afrikanischen Studierenden bot die gewonnene Mobilität die Möglichkeit, ihr ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital zu verbessern (Burton 2016: 106). Abschlüsse von ausländischen Bildungsstätten konnten zu einem höheren Ansehen und Status beitragen, dienten dazu, die eigene Bildung voranzutreiben, und waren im Fall der DDR nicht selten die erste Station vor einem weiteren Studium—in „Ost“ oder auch „West“ (Pugach 2015: 134). Aus dem Auslandsaufenthalt resultierte für die Studierenden keine binäre Positionierung zwischen den beiden Blöcken, sondern die gemachten Erfahrungen wurden zum Teil mit anderen ideologischen Einflüssen (Maoismus, Nkrumahismus, Nehruismus, etc.) sowie mit der ideologischen Prägung durch die heimatlichen Gesellschaftsentwürfe verhandelt, wie im Fall afrikanischer Sozialismen (Burton 2016: 102).

Das Studium an der FDGB-Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert*

Die „Ausbildung afrikanischer Kader“ war einer der zentralen Punkte der FDGB-Strategie für eine „wirksame Unterstützung der antiimperialistischen, antikolonialen, nationalen Befreiungskämpfe.“ (SAPMO-BArch 79/406, Bl. 1, 3 zit. n. Angermann 2018: 31). Wie Wolf-Dieter Graewe (1998: 87) betont, wurden die Aus- und Weiterbildungsprogramme für Menschen aus Afrika, Asien und Lateinamerika nach dem DDR-eigenen Verständnis abgehalten und folgten dem Motto „Was für die DDR gut ist, ist auch für andere gut“. Inwieweit traf dieses Credo für die Ausbildung afrikanischer GewerkschafterInnen an der Gewerkschaftshochschule in Bernau zu?

Die Studiendauer an der Gewerkschaftshochschule in Bernau variierte je nach Studienprogramm. Laut den Lehrplänen gab es sechs-, neun- und achtzehnmonatige Ausbildungskurse. In den 1960er-Jahren absolvierten die meisten GewerkschafterInnen die achtzehnmonatige Ausbildung. Die Kosten für das Studium samt allen anfallenden Reisekosten übernahm die DDR-Seite. Neben freiem Zugang zu medizinischer Versorgung erhielten die ausländischen Studierenden an tertiären Bildungseinrichtungen der DDR ein monatliches Stipendium, und hatten wie ihre ostdeutschen

KommilitonInnen keine Studiengebühren zu entrichten (Mac Con Uladh 2005a: 176). In Bernau betrug die monatlichen Zuwendungen 150 Ostmark für die Essensversorgung und 250 Ostmark für Studienmaterialien und andere Ausgaben (SAPMO-BArch, DY 79/615, Bl. 2).

Untergebracht waren die Studierenden in Zweierzimmern im großen Gebäudekomplex der Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* in Bernau. In der Regel teilte sich eine ostdeutsche Betreuungsperson – selbst StudentIn – ein Zimmer mit eine/m/r afrikanischen „KollegIn“. Studierende beschrieben die meist Ende der 1950er-Jahre errichteten Anbauten in Bernau als „magnificent buildings with beautiful surroundings“ (SAPMO-BArch, DY 79/615, Bl. 2). Damit gestaltete sich die dortige Wohnsituation besser als für ausländische Studierende in Leipzig, wo zum Teil prekäre Wohnbedingungen herrschten (Mac Con Uladh 2005b: 182).

Zusätzlich zum Erwerb der deutschen Sprache und dem Studium im Allgemeinen war die Umstellung der Essgewohnheiten keine zu unterschätzende Herausforderung für die ankommenden Studierenden, galt die ostdeutsche Küche doch als sehr fleischlastig und der Zugang zu Reis und „Südfrüchten“ gestaltete sich in der DDR schwierig (Mac Con Uladh 2005b: 186). In der Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* in Bernau kamen die afrikanischen GewerkschafterInnen nur zu besonderen Anlässen, wie den Feierlichkeiten zum ersten Mai, in den Genuss auswärtiger *cuisine*. Kaum waren die prominenten Gäste abgereist, kehrte der als monoton empfundene Menüplan zurück (Mac Con Uladh 2005a: 53f.).

Mit 45 Wochenstunden hatten die Studierenden ein dichtes Programm zu bewältigen, das sich aus Vorlesungen, Einzel- und Gruppengesprächen, Seminaren und Sprachunterricht zusammensetzte. Monatlich waren zudem Exkursionen und praktische Tätigkeiten eingeplant. Den Abschluss des Studiums bildete ein dreiwöchiges Betriebspraktikum in einem Betrieb der DDR, das ab dem 6. Lehrgang 1966 auf Wunsch der Studierenden auf vier Wochen ausgedehnt wurde (SAPMO-BArch, DY 44/972 – b; DY 44/972 – d). Auch weiterführende Ausbildungs- und Freizeitaktivitäten wurden von der Gewerkschaftshochschule organisiert. Darunter waren Kurse zur Handhabung von Audio- und Videogeräten sowie Kopiermaschinen, eine Einführung in die Fotografie und Filmvorführgeräte und der Aufbau eines „Kulturensembles“ durch die Studierenden. Im Rahmen einer Exkursion besuchten die Studierenden antifaschistische Ehrenmale und Gräber von gefallenem WiderstandskämpferInnen der kommunistischen Bewegung in

Ostberlin, sprachen mit Wahlkandidaten für Kreiswahlen und nahmen an Wahlveranstaltungen teil. In den zweiwöchigen Weihnachtsferien fuhr die rund 60-köpfige Gruppe in drei verschiedene Ferienheime auf Winterurlaub (SAPMO-BArch, DY 79/443 – g, Bl. 3f.). Laut einem Studenten genossen die Studierenden, „irrespective of their color and creed“, absolute Bewegungsfreiheit und verbrachten die Wochenenden u.a. bei ostdeutschen Familien in Bernau und Umgebung (SAPMO-BArch, DY 79/615, Bl. 2).

Vor Beginn des „politisch-ideologischen“ Studiums absolvierten die afrikanischen GewerkschafterInnen Deutschkurse an der Fakultät. Mit 27 Stunden pro Woche bei einem freien Tag war der Deutschunterricht intensiv und sollte die Studierenden innerhalb kurzer Zeit befähigen, politische Probleme in deutscher Sprache formulieren zu können. Neben täglichen Hausübungen von drei bis vier Seiten gab es einmal pro Woche ein Diktat (SAPMO-BArch, DY 79/271 – c, Bl. 1f.). Nach acht Monaten waren die Studierenden laut den Lehrkräften fähig, dem gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht in deutscher Sprache zu folgen (SAPMO-BArch, DY 79/443 – b, Bl. 4).

Größere Hausarbeiten und die Ausbildungsarbeit am Ende des Studiums mussten ebenfalls auf Deutsch verfasst werden, in Zusammenarbeit mit einer ostdeutschen Betreuungsperson. In Anbetracht der mehrheitlich französisch- bzw. englischsprachigen GewerkschafterInnen bleibt fraglich, wieso die Kurse bzw. Teile davon nicht auch in diesen Sprachen stattfanden. Eine mögliche Erklärung dafür ist die mangelnde Sprachkompetenz der Lehrkräfte (vgl. dazu Angermann 2018: 48f.), erst im Lehrplan ab 1969/70 wurden einzelne Kurse in englischer und französischer Sprache angeboten⁷ (SAPMO-BArch, DY 79/638, Bl. 4).

Die Vergabe der Studienplätze orientierte sich zum einen an den außenpolitischen Schwerpunktsetzungen der Regierung in Ostberlin und diente dem Aufbau und der Pflege von langjährigen Beziehungen mit den gewerkschaftlichen Partnerverbänden in Ländern wie Angola, Guinea, Kongo-Brazzaville, Mali und Nigeria (Fröhlich 1993: 157). Bemerkenswert

⁷ Laut Eric Angermann wurde der 2. Lehrgang 1960/61, den der Autor als „lehrreiches Fiasko“ verbucht, mit englisch- bzw. französischsprachigen DolmetscherInnen abgehalten (Angermann 2018: 36f.). In Anbetracht der gravierenden Probleme, die auch die DolmetscherInnen betrafen, wurde dem Unterricht auf Englisch bzw. Französisch in der Abschlussanalyse des 2. Lehrgangs für zukünftige Lehrgänge eine Absage erteilt (Angermann 2018: 45).

sind die engen Kontakte des FDGB mit einzelnen kenianischen Gewerkschaften, die auch dem eingangs erwähnten Joseph Ndungu sein Studium in der DDR ermöglichten. 1962 nahm eine kenianische Delegation an einem Gewerkschaftskongress in Ostberlin teil, der vom FDGB und vom sowjetisch dominierten WGB initiiert worden war. Im November des folgenden Jahres reiste die kenianische Hafenarbeitergewerkschaft für drei Wochen nach Berlin, 1964 verweilte eine FDGB-Delegation drei Wochen in Kenia und traf den Präsidenten der kenianischen Lehrgewerkschaft (Neues Deutschland, 29.06.1962, 9.11.1963, 14.12.1964). Im vierten Lehrgang von September 1963 bis März 1965 nahmen u.a. zehn GewerkschafterInnen aus Kenia, sieben aus Mali und Sambia, sechs aus Tanganjika, fünf aus Nigeria und Kongo-Leopoldville, vier aus Guinea sowie zwei aus Ghana teil (SAPMO-BArch, DY 79/443). Obwohl die DDR-Beziehungen zu den sozialistischen Regierungen in Accra (bis zum Sturz von Kwame Nkrumah 1966), Bamako (bis zum Sturz von Modibo Keita 1968) und Sékou Tourés in Guinea in den 1960er-Jahren besonders eng waren, schlug sich dies im vierten Lehrgang nicht augenfällig in den TeilnehmerInnenzahlen der Gewerkschaftsverbände dieser Länder nieder. Für den ersten Lehrgang ab August 1961 hatte Ghana mit dreizehn, Guinea mit zehn, sowie Mali mit sieben noch einen größeren Anteil der TeilnehmerInnen gestellt (Angermann 2018: 53f.).

Die Lehrpläne an der Gewerkschaftshochschule in Bernau

In den Lehrplänen des Gewerkschaftsstudiums wird das Doppelziel einer „Ausbildung“ und „Erziehung“ betont und mit strategischen Zielen der DDR verknüpft. Der Vermittlung eines Arbeiterideals kam dabei große Bedeutung zu. Mit ihrer Ausbildung an der Hochschule *Fritz Heckert* sollten die afrikanischen GewerkschafterInnen in die Lage versetzt werden, dem FDGB als „klassenbewusste“ Avantgarde „aktiv bei der Verwirklichung seiner internationalen Politik“ in den afrikanischen Ländern zu helfen, die eng mit dem West-Ost-Konflikt verzahnt war. Die afrikanischen GewerkschafterInnen „müssen durch eine gründliche klassenmäßige Erziehung befähigt werden, ausgehend von der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands [...] und auf der Grundlage der Beschlüsse des FDGB-Bundesvorstands selbstständig gewerkschaftspolitische Probleme, besonders in den afrikanischen Ländern, einzuschätzen.“ (SAPMO-BArch, DY 79/271b, Bl. 2)

Eingebettet in die internationale Systemkonkurrenz zur Zeit des „Kalten Krieges“ – seine heiße Phase wurde mit der Kongo-Krise eingeläutet und im Südlichen Afrika fortgesetzt (Gleijeses 2002; Temu/Tembe 2014; Westad 2005: 207-249) – illustrieren die Lehrinhalte die Mission des FDGB, den „weltrevolutionären Prozess“ hin zum Sozialismus voranzutreiben, in dem die antikolonialen Befreiungsbewegungen als Verbündete im Kampf gegen (kapitalistischen) Imperialismus verstanden wurden.

Die GewerkschafterInnen sollten die DDR als „Freunde“ verlassen, „die in ihren Ländern die Politik der DDR und der SU unterstützen, für die Anerkennung der DDR eintreten und aktiv gegen den westdeutschen Imperialismus und Neokolonialismus kämpfen.“ (SAPMO-BArch, DY 79/443 – b, Bl. 4)

Das Curriculum des Lehrgangs gliederte sich in drei große Teile: A) „Die Grundzüge der gegenwärtigen Epoche der Menschheit“, B) „Probleme der gewerkschaftlichen Organisation“ und C) „Polytechnischer Unterricht“. Die Vorlesungen aus Teil A) behandelten klassische Inhalte der marxistisch-leninistischen Lehre, u.a. „Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der Sieg des Sozialismus in der UdSSR“, „Die revolutionäre internationale Arbeiterbewegung“, „Die nationale Befreiungsbewegung“, „Einige Probleme der sozialistischen Ökonomik“ und „Der Kampf um den Weltfrieden“ (SAPMO-BArch, DY 79/271 – a).

Wie stark die Lehrinhalte von nationalen Interessen der DDR bestimmt waren, zeigt die prominente Rolle, die der deutsch-deutschen Rivalität eingeräumt wird. Themenblöcke wie z.B. „[d]er ‚Deutschlandplan des Volkes‘ zeigt den Weg zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland unter Führung der einheitlichen Arbeiterklasse im Bündnis mit allen friedliebenden demokratischen Kräften gegen die Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland“, waren für die Heimatkontexte der afrikanischen GewerkschafterInnen allerdings wenig relevant. Die meisten Studierenden wussten um die Existenz zweier deutscher Staaten, ehe sie zum Studium nach Bernau kamen, nicht Bescheid und konnten daher (bis auf die Delegation Malis) „keine parteiliche Differenzierung zwischen den beiden deutschen Staaten“ vornehmen, wie vom Lehrpersonal in einer „Einschätzung der ideologisch-politischen Situation im Lehrgang“ festgestellt wurde. (SAPMO-BArch, DY 79/ 443 – d, Bl. 5).

Einen wichtigen Platz im Kampf gegen koloniale und „neo-koloniale“ Herrschaft nahm laut den Lehrplänen der Erfahrungsaustausch ein, der

zumeist einseitig dargestellt wird. Die „vielfältigen theoretischen und praktischen Kenntnisse“ des FDGB sollten den „jungen afrikanischen Gewerkschaften“ eine „unschätzbare Hilfe“ und Solidaritätsbeweis sein (SAPMO-BArch, DY 79 – 271).

Häufig legen die Lehrpläne die Annahme nahe, dass die DDR-Erfahrungen ohne weiteres auf die (gewerkschaftlichen) Kämpfe der Partnergewerkschaften übertragbar seien. In Anbetracht von GewerkschafterInnen aus kolonialen (Angola), semi-kolonialen (Südrhodesien) und eben unabhängig gewordenen Regionen Afrikas offenbaren diese und ähnliche Ausführungen eine, dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ inhärente, Ignoranz gegenüber den „konkreten Lebensrealitäten“, wie es der vom Marxismus-Leninismus inspirierte Guerillaführer Amílcar Cabral später kritisierte (Cabral 2007 [1973]: 59f.).

In den internen Lehrplananalysen wird aber auch deutlich, dass es den Lehrenden mitunter schlicht an Wissen und am Zugang zu einschlägiger Literatur über die Befreiungsbewegungen mangelte. In einer Analyse des 4. Lehrgangs (1963-1965) heißt es, die Darlegung „theoretischer Probleme, die bisher noch keine Verallgemeinerung in Lehrbüchern erfahren haben“, erfordere viel Mut von den Lehrenden. Was die Gewerkschaftsarbeit in Afrika betraf, wurden erste Ergebnisse der Forschungsarbeit veröffentlicht, und mehrere KollegInnen des „Lehrerkollektivs“ hatten die Möglichkeit, einige Zeit in Afrika zu verbringen bzw. dort zu arbeiten (SAPMO-BArch, DY 79/443 – b, Bl. 7f.). Die Lehrenden der Kurseinheiten baten die Leitung auch um Abendvorträge zu speziellen Fragen und Problemen der nationalen Befreiungs- und Gewerkschaftsbewegungen Afrikas (SAPMO-BArch, DY 79/443 – c, Bl. 11).

Die Behandlung solcher Phänomene wie der Befreiungsbewegung – gerade in einer so turbulenten „welthistorischen“ Phase wie den 1960er-Jahren – warf für die Lehrenden der Gewerkschaftshochschule offenbar Schwierigkeiten auf, vor allem wenn sie unbekanntes Terrain ohne „wissenschaftlich“-sozialistischen Kompass betreten mussten. In Anbetracht der dargestellten Bemühungen der Lehrerschaft kann Birgit Fröhlich (1993: 157) Einschätzung zugestimmt werden, nach der es v.a. in den 1960er-Jahren vonseiten der ostdeutschen Gewerkschaftsbewegung durchaus Anstrengungen gab, die Bedürfnisse der Partnergewerkschaften besser zu verstehen und lokalen Spezifika in den Ausbildungsprogrammen gerecht zu werden. Hinzu kommt, dass das Institut für Ausländerstudium der

FDGB-Gewerkschaftshochschule Anfang der 1960er-Jahre eben erst gegründet wurde und aufgrund mangelnder Vorbilder Form und Inhalt des Unterrichts „beständig evaluiert, reformiert oder gar improvisiert“ wurden (Angermann 2018: 25). Die Lehrkräfte konnten daher vielfach weder über einen großen Erfahrungsschatz in Hinblick auf „interkulturelle Sensibilitäten oder Kompetenzen“ im Unterricht mit nicht-deutschen Studierenden noch auf theoretische Kenntnisse zur afrikanischen Gewerkschaftsbewegung zurückgreifen (Angermann 2018: 24f.).

Möglichkeiten, den Partnergewerkschaften besser zu entsprechen, waren Reisen von FDGB-Delegationen in afrikanische Länder, wo die Partnerverbände ihre Wünsche für den Lehrplan deutlich machen konnten. Insgesamt mit der Ausbildung zufrieden, wünschten sich Delegationen wie jene aus Mali eine Spezialausbildung für LehrerInnen, die nach ihrer Rückkehr als „Propagandisten“ an afrikanischen Gewerkschaftshochschulen tätig sein sollten. Der malische Partnerverband meldete zudem Interesse an, dass zukünftige Studierende in Bernau zusätzliche Fertigkeiten wie Filmvorführen und Kraftfahren erwerben können sollten, (SAPMO-BArch, DY 79/443 - e, Bl. 2). In späteren Lehrgängen wurde diesem Wunsch Rechnung getragen, und Kurse zu Filmvorführung, für Kopiermaschinen und Fotografie wurden auf freiwilliger Basis dann auch eingeführt (SAPMO-BArch, DY 79/443 – g, Bl. 2f.). Die Schlussfolgerungen des Berichts setzten sich auch eine Differenzierung des Lehrprogramms und eine Spezialisierung der Ausbildung entsprechend dem „Entwicklungsstand der einzelnen Länder und den Wünschen der jeweiligen Organisationen“ zum Ziel (SAPMO-BArch, DY 79/443 – e, Bl. 2).

Die Bemühungen, auf die Bedürfnisse der GewerkschafterInnen in ihren Heimatkontexten einzugehen, veranschaulicht auch ein Briefwechsel zwischen dem stellvertretenden Fakultätsleiter, Wilhelm Wilke, und dem Kameruner Osée Mbaitjongué aus dem Jahr 1964. Darin bat Wilke den Bernau-Absolventen Mbaitjongué um eine Einschätzung, inwieweit „die von uns vermittelten Kenntnisse den wirklichen Bedürfnissen der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung entsprechen.“ In Anbetracht der massiven Umwälzungen auf dem afrikanischen Kontinent interessierte Wilke die Frage, welche Aufgaben die Gewerkschaften Afrikas im Laufe der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre in erster Linie zu lösen hätten. Diese Frage sei für die Festlegung der Perspektive der Fakultät, aber auch für die

Verbesserung der Ausbildung von großer Bedeutung. Eine Antwort Mbaitjongué konnte ich nicht ausfindig machen (SAPMO-BArch, DY 79/613 – b, unpag.).

Eine Lehrplananalyse aus dem Jahr 1965 konstatiert zusammenfassend, dass „dogmatische Einschätzungen“ vonseiten der Lehrenden überwunden wurden. Die Analyse fordert die „Achtung der eigenständigen Erfahrungen des Partners“ und einen „Erfahrungsaustausch zum beiderseitigen Nutzen“ (SAPMO-BArch, DY 79/443 – b, Bl. 7). Der Lehrplan wurde nochmals „auf die Voraussetzungen und Bedürfnisse eines afrikanischen Gewerkschaftsfunktionärs“ abgestimmt. „[B]rüderliche Beziehungen“ mit den GewerkschafterInnen bedeuten „für uns Marxisten-Leninisten auch Anerkennung und Würdigung von Verdiensten, die sich Nichtmarxisten auf dem Gebiet der Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus“ erworben hatten (SAPMO-BArch, DY 79/443 – b, Bl. 9).

Die eigene Deutungshoheit im Wettstreit sozialistischer Gesellschaftsentwürfe—an dem auch afrikanische Sozialismen mehr und mehr teilnahmen—konnte zum Abschluss dennoch nicht verborgen werden: „Die Kollegen haben im Verlaufe des Lehrgangs ihre verworrenen Auffassungen über den Sozialismus überwunden und sich wissenschaftliche Kenntnisse über den Aufbau des Sozialismus und die Aufgaben der Gewerkschaften angeeignet.“ (SAPMO-BArch, DY 79/443 – b, Bl. 6)

Schlussendlich bewahrte die Losung „Was für die DDR gut ist, ist auch für andere gut“ zumindest am Papier seine Gültigkeit, den aufgezeigten Bemühungen einzelner Lehrpersonen zum Trotz, die sich auftuenden Widersprüchlichkeiten zwischen „wissenschaftlichem Sozialismus“ und den „konkreten Lebensrealitäten“ der afrikanischen Befreiungsbewegungen genauer zu erkunden.

Die Betriebspraktika in DDR-Betrieben und Rassismuserfahrungen der Studierenden

Nach dem Abschluss des politisch-ideologischen Lehrplans stand für die Studierenden das Betriebspraktikum in einem *Volkseigenen Betrieb* (VEB) der DDR auf dem Programm. Je nach Tätigkeitsbereich der afrikanischen GewerkschafterInnen waren darunter Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, Hafenwirtschaft, Bergbau und Energie oder Transport- und Nachrichtenwesen. Das vierwöchige Praktikum galt laut Lehrplan als

Höhepunkt der Ausbildung und sollte die afrikanischen GewerkschaftsfunktionärInnen dazu anregen, die DDR-Erfahrungen in der praktischen Gewerkschaftsarbeit „für den gewerkschaftlichen Kampf in ihren Heimatländern schöpferisch zu verwenden.“ (SAPMO-BArch, DY 44/972 – d, Anlage 1) Im Vordergrund stand die Vermittlung der DDR-eigenen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und die Orientierung der GewerkschafterInnen auf einen nichtkapitalistischen, sozialistischen Entwicklungsweg.

Für die gesamte Zeit des Praktikums stand jedem Studierenden eine Betreuungsperson zur Seite, die Einblicke in die „politisch-ideologische“ und „praktisch-organisatorische“ Arbeit der Betriebsgewerkschaften ermöglichen sollte. Ein Betreuungssystem dieser Art war für ausländische Studierende an Hochschulen der DDR bereits in den frühen 1950er Jahren eingeführt worden. Laut Damian Mac Con Uladh (2005a: 63f.) scheiterten diese Versuche der „Freundschaft von oben“ zumeist an der mangelnden Bereitschaft eines oder beider Studierenden, zumal manche der ausländischen Studierenden vermuteten, dass ihre ostdeutschen KommilitonInnen mit einem Spionageauftrag ausgestattet waren und die Freizeitaktivitäten zu beeinflussen suchten.

Ein von der Fakultätsleitung erstellter Leitfaden zur Betreuung der ausländischen GewerkschafterInnen während ihres Gewerkschaftspraktikums war darauf bedacht, Verdachtsmomente dieser Art tunlichst nicht aufkommen zu lassen. Die Betreuungspersonen waren aufgefordert, sich nach Möglichkeit auch in der Freizeit mit den KollegInnen zu beschäftigen, vor allem da sie Ortsfremde seien. Tabu war das Aufdrängen der eigenen Person und das Einmischen in die Privatgelegenheiten – „betrachte diese Aufgabe der Freizeitbetreuung keinesfalls als Kontrollfunktion“, wurden die BetreuerInnen angewiesen (SAPMO-BArch, DY 44/972 – c, unpag.).

Im Leitfaden wird ferner gefordert, die ausländischen GewerkschaftskollegInnen „als Persönlichkeit mit eigenen Lebens- und Kampferfahrungen“ zu achten und ein freundschaftliches sowie kameradschaftliches Verhältnis aufzubauen. Obwohl gewarnt wird, „jede Bevormundung zu vermeiden“, tragen die Hinweise paternalistische Züge, etwa wenn es heißt: „Beachte, daß die ausländischen Studenten erstmalig konkret mit der sozialistischen Praxis in Berührung kommen. Überfordere sie nicht.“ (SAPMO-BArch, DY 44/972 – c, unpag.) Ghanaische oder

malische GewerkschafterInnen konnten zu diesem Zeitpunkt durchaus behaupten, in ihren Herkunftsländern mit einer „sozialistischen Praxis“ vertraut zu sein.

Mitunter konnte statt Überforderung mit der „sozialistischen Praxis“ in der DDR auch Desillusion eintreten. So bereitete es ausländischen Studierenden zum Teil große Schwierigkeiten, die eigenen idealisierten Bilder vom Sozialismus mit der real existierenden DDR-Varietät in Einklang zu bringen (Mac Con Uladh 2005a: 43). Überrascht zeigten sich viele Studierende, dass sie auch in der DDR Rassismus erfuhren. Rassistisches Verhalten schien fester Bestandteil westlicher Gesellschaften zu sein, aber in einem sozialistischen, „antifaschistischen“ Staat? (Mac Con Uladh 2005b: 209)

In einem Evaluierungsbericht des Bereichs „Internationale Verbindungen“ vom März 1966 wurde die Mehrzahl der Praktikumsbetriebe gelobt. „Grobe Schwierigkeiten“ gab es hingegen im VEB Gotha und im VEB Quedlinburg. Im Bericht heißt es, dass das Verhalten des Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung zu „Spannungen mit den afrikanischen Kollegen“ beigetragen hatte, und klärende Aussprachen vonseiten der Gewerkschaftshochschule nötig waren. „Dabei kam es von seiten [sic!] des Arbeitsschutzinspektors im Kreisvorstand Gotha und von Vertretern des Roten Kreuzes zu Äußerungen, die die afrikanischen Kollegen als Rassendiskriminierung bezeichneten und die Spannungen dadurch verschärft wurden.“ (SAPMO BArch, DY 44/972 – b, Bl. 2)

Bezeichnend an diesem Bericht ist die Phrase „die die afrikanischen Kollegen als Rassendiskriminierung *bezeichneten*“. Die Verwendung des Begriffs „Rasse“ wurde nach der Niederlage des Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten offiziell tabuisiert. Obwohl ideologisch stark von Moskau beeinflusst, waren Ostdeutsche Nachkriegsdiskussionen in einen breiteren, internationalen Diskurs um neue Definitionen von „Rasse“ und Rassismen eingebettet. Mit der Gründung der DDR im Jahr 1949 erhoben SED-PolitikerInnen den „Antifaschismus“ zum staatlichen Selbstverständnis. „Rassendiskriminierung“ und rassistische Vorurteile galten als überwunden und wurden in die Vergangenheit des Deutschen Reichs und des Nationalsozialismus verbannt, und die Bundesrepublik wurde als Nachfolgestaat Nazideutschlands diskreditiert (Pugach 2015: 132; Rabenschlag 2014: 52; Slobodian 2015: 31).

In den Folgejahren suchten die SED-Regierung und die „Massenorganisationen“ wie der FDGB das „offizielle Transkript“ vom

„proletarischen Internationalismus“ und der „Völkerfreundschaft“ zu festigen. Nach dem Anthropologen James C. Scott können vier Topoi des „offiziellen Skripts“ ausgemacht werden: Bestätigung (*affirmation*), Verschleierung (*concealment*), Euphemismus (*euphemism*) und Einstimmigkeit (*unanimity*) (Scott 1990: 46ff.; Rabenschlag 2014: 46). Da in der DDR seit ihrer Gründung, wie Erich Honecker bei einer internationalen Konferenz 1978 betonte, „der menschenfeindliche Rassismus mit der Wurzel ausgerottet ist, gehören ihre [der DDR] tiefe Sympathie und die tatkräftige Unterstützung allen Völkern, allen Menschen, die gegen imperialistische Unterdrückung und rassistische Diskriminierung auftreten“ (zit. n. Rabenschlag 2014: 54).

Da dem offiziellen Skript zufolge „Rassendiskriminierung“ in der DDR-Gesellschaft nicht existieren konnte, war der offizielle Umgang mit Rassismen durch vielfältige Strategien der Verschleierung und Euphemisierung geprägt. Mit einer Welle rassistisch motivierter Übergriffe Anfang der 1960er-Jahre konfrontiert, versuchten die DDR-FunktionärInnen das propagierte Bild eines antirassistischen Staats nicht zu gefährden, indem sie Diskussionen über Rassismen unterbanden oder als „Missverständnisse“ und „Überempfindlichkeit“ verhandelten (Mac Con Uladh 2005b: 212).

Am Weihnachtsabend 1960 beleidigten eine Gruppe ostdeutscher Jugendlicher und der Geschäftsführer eines Ostberliner Cafés zwei kongolesische Studierende der Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* in Bernau. Die beiden Kongolesen wurden in weiterer Folge aus dem Lokal geworfen, mit der Begründung sie trügen keine Krawatten. Überzeugt davon, dass dies nur ein Vorwand sei, um rassistische Motive zu verschleiern, schrieben die beiden Studierenden einen Brief an den FDGB, in dem sie sich fassungslos über ihre Behandlung zeigten:

„Wir verstehen sehr gut, daß gewisse Deutsche des Ostens uns schwarzen Menschen gegenüber noch eine Überheblichkeit empfinden. Jedenfalls die Frechheit und Brutalität, mit der man uns behandelt hat, sind ein genügender Beweis dafür, daß der Deutsche einen Überheblichkeitskomplex gegenüber dem Afrikaner besitzt [und] daß die Mehrheit in der DDR trotz des Sozialismus, den man immer predigt, Anhänger der Idee des berühmten Hitler ist.“ (Zit. n. Mac Con Uladh 2005b: 216)

In seiner Antwort stritt der FDGB die Generalisierungen ab und brachte vor, dass es sich bei den Schuldigen womöglich um WestberlinerInnen handele (Mac Con Uladh 2005b: 216).

Wie eine interne Aussprache aus dem Jahr 1963 mit afrikanischen Studierenden der Gewerkschaftshochschule in Bernau zeigt, begegnete die dortige Leitung Rassismuskorrekturen ebenfalls mit Strategien der Verschleierung und Euphemismen. Bemerkenswert sind auch die Bestrebungen der Lehrkräfte, einstimmige Allianzen mit „guten AfrikanerInnen“ zu schmieden, die das offizielle Skript der DDR hochhielten. Nach den einleitenden Ausführungen der Fakultätsleitung zum Problem der „Rassendiskriminierung“ bezeugten die Delegationsleiter aus Mali und Guinea, zu denen die DDR die besten politischen Beziehungen pflegte, „daß es in der DDR und an der Hochschule keine Rassendiskriminierung gibt und geben kann“ – eine Meinung, der sich laut Bericht die Delegationsleiter aus Angola, Nigeria und Kongo anschlossen (SAPMO BArch, DY 79/443 – e, Bl. 3). Dies schien die ostafrikanischen Delegationen zu verunsichern, und sie wiederholten „die bereits des öfteren erhobene Anklage wegen angeblicher Rassendiskriminierung“ nicht weiter, sondern hoben in ihren Diskussionsbeiträgen hervor, dass in der DDR „viel gegen die Rassendiskriminierung getan wird“. Laut dem Bericht brachten die ostafrikanischen Delegationsleiter mit diesen Ausführungen damit subtil zum Ausdruck, dass „Rassendiskriminierung“ in der DDR existiere (SAPMO BArch, DY 79/443 – e, Bl. 4) – und gefährdeten so das offizielle Skript.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie die Fakultätsleitung in Bernau mit Strategien der Verschleierung, Euphemismen und dem Herbeiführen von Einstimmigkeit auf die von Studierenden vorgebrachten Beschwerden über rassistisches Verhalten reagierte. Sara Pugach (2015: 134) ist für ostdeutsche Universitäten zu dem Schluss gekommen, dass afrikanische Studierende dort nun „honored guests“ und keine kolonialen Subjekte mehr waren und die handelnden Akteure sich Beschwerden der Studierenden gegenüber aufgeschlossen zeigten. Dennoch gefährdete die ambivalente Einstellung der DDR-BürgerInnen zu „Rasse“ auf allen Ebenen das Bild der DDR als solidarischer Bruder im anti-imperialistischen Kampf.

Für die Studierenden bedeuteten die während des Praktikums oder in der Freizeit erfahrenen Rassismen eine zusätzliche Bürde zu den allgemeinen Schwierigkeiten (u.a. Sprache, Essgewohnheiten, Klima) mit denen sich

Studierende in der fremden Gesellschaft konfrontiert sahen. Was die Probleme während des Praktikums betraf, zog die Leitung der „Ausländerfakultät“ an der Gewerkschaftshochschule in Bernau schlussendlich Konsequenzen. Für die kommenden Praktika sollten im Oktober 1966 die negativ aufgefallenen Betriebe in Gotha und Quedlinburg keine PraktikantInnen mehr erhalten. Die Leitung der protokollierten Aussprache durch einen Vertreter der Abteilung „Internationale Verbindungen“ der SED zeigt, dass die vorgebrachten Anschuldigungen auf höherer Ebene behandelt wurden. Ob es auch Konsequenzen für den Arbeitsschutzinspektor gab bzw. ob den Vorwürfen im Detail nachgegangen wurde, geht aus dem Schreiben nicht hervor (SAPMO BArch, DY 44/972 – b, Bl. 2).

Das Studium in Bernau als „Türöffner“

Obwohl die institutionellen Kanäle der studentischen Migration weitgehend über die Gewerkschaften gelenkt wurden – sie vergaben die Plätze, wählten die Studierenden aus und regelten die Entsendemodalitäten – nutzen einzelne GewerkschafterInnen ihren persönlichen Handlungsspielraum um ihren Aufenthalt an der Gewerkschaftshochschule als „Türöffner“ für die weitere Verfolgung ihrer beruflichen und persönlichen Ziele einzusetzen. Besonders begehrt und naheliegend war eine direkte Fortsetzung des eigenen Bildungswegs, in der Regel ein Hochschulstudium in der DDR oder anderen sozialistischen Staaten, das über staatliche Stellen abgewickelt wurde. Für Andere eröffneten sich mit der prinzipiellen Reisefreiheit nach Westberlin Möglichkeiten zum lukrativen Handel mit westlichen Konsumgütern oder direkt in die Bundesrepublik zu migrieren (Burton 2016: 121f.; Burton 2017a: 218-226; Mac Con Uladh 2005b: 180). Der folgende Abschnitt illustriert knapp eine „Instrumentalisierung der Migration von unten“ durch die studierenden GewerkschafterInnen in Bernau, im Versuch die Lenkung „von oben“ zu eigenen Gunsten zu beeinflussen (Schenk 2016: 225).

Vonseiten des FDGB war mit den afrikanischen Partnergewerkschaften vereinbart worden, dass nach der Beendigung des Studiums an der Gewerkschaftshochschule *Fritz Heckert* für die Studierenden keine Möglichkeit bestehe, direkt ein anderes Studium in der DDR aufzunehmen. Diese Regelung wurde auch den Studierenden mitgeteilt. In der Regel begegnete die Fakultätsleitung den Studiengesuchen mit dem Hinweis, dass

die Studienplatzvergabe außerhalb der Entscheidungsbefugnisse der Hochschule liegen würden. Zusagen über Studienplätze konnte entweder der FDGB-Bundesvorstand oder das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen machen, nachdem eine entsprechende Bewerbung über die heimische Gewerkschaftsorganisation eingetroffen war (SAPMO-BArch, DY 44/972 – a, unpag.).

Wie aus Berichten vom Deutschunterricht des 4. Lehrgangs 1963-65 in Bernau hervorgeht, begegnete das Lehrpersonal Bestrebungen von Studierenden, ein Stipendium zu erlangen und damit die festgelegten Entsendemodalitäten zu ändern, mit einer Mischung aus Argwohn und Ablehnung: „Bei den Delegationen aus Nigeria und Kongo sind Mängel in der Einstellung zu ihrem Organisationsauftrag sichtbar. Die Studenten aus Nigeria sind durchaus fleißig in ihrem Sprachstudium. Aber schon jetzt machen sich Tendenzen bemerkbar, wonach sie das Stipendium an unserer Schule als Sprungbrett für ein staatliches Stipendium betrachten.“ (SAPMO-BArch, DY 79/ 443 – c, Bl. 4)

So soll der nigerianische Delegationsleiter seine Abwesenheit bei einer politischen Veranstaltung der Gewerkschaftshochschule mit seinem Besuch der Universität begründet haben, heißt es im Bericht weiter (SAPMO-BArch, DY 79/ 443 – c, Bl. 4f.). Erwähnenswert ist der „Organisationsauftrag“ an die individuellen Studierenden, also die Erwartungen der Entsendeorganisationen, ihre zur Weiterbildung ins Ausland delegierten „Kader“ nach Abschluss wieder in die eigene Gewerkschaftsarbeit einzugliedern. Die Entsendegewerkschaften verlangten zum Teil ausführliche Berichte über die Studienleistungen und allgemeine Disziplin ihrer Studierenden (SAPMO-BArch, DY 79/ 443 – e, Bl. 5).

Ungeachtet der bilateralen Vereinbarungen gelang es Studierenden durchaus, den Studiengang vorzeitig zu verlassen. In manchen Fällen konnte noch während der Ausbildung ein Studienplatz an einer staatlichen Universität ergattert werden. Okpon Enyie aus Nigeria verließ 1963 den Lehrgang, um in Leipzig ein Medizinstudium aufzunehmen; Enyies Landsmann Akpe Enoch wechselte für ein Dolmetschstudium von der Gewerkschaftshochschule auf das *Herder Institut* in Leipzig (SAPMO-BArch, DY 79/443 – a, Bl. 2f.). Die Erfolgchancen für einen Studienplatz hingen freilich stark vom Bildungsniveau der GewerkschafterInnen ab, das regional wie innerhalb einer Delegation stark variierte. Die beiden Vertreter der portugiesischen Kolonie Angola wiesen mit neun bzw. vier Schuljahren

einen geringen Bildungsgrad auf, die Delegation aus Nigeria fast durchgängig mit College-Abschlüssen den mit Abstand höchsten. Ebenso differenziert gestaltete sich die soziale Herkunft im 4. Lehrgang 1963/64: „8 Arbeiter, 21 Bauern, 2 Handwerker, 1 Händler, 8 Angestellte, 1 Priester, 1 Häuptling, 5 nicht ersichtlich“ befand eine interne Aufstellung (SAPMO-BArch, DY 79/443 – c, unpag.).

Es kam auch vor, dass Studierende von ihren Gewerkschaftsorganisationen vorzeitig zurückberufen wurden oder krankheitsbedingt heimkehrten. Eine Handvoll Studierender wurde aufgrund disziplinarer Verfehlungen in der DDR von der Schule verwiesen, so Bayoo H. und Joshua Z. wegen „(mehrfacher) Schlägereien“. Über die genauen Hintergründe und ob die beiden bereits die Heimreise angetreten hatten, ist in dem Bericht nichts weiter zu erfahren (SAPMO-BArch, DY 79/443 – a, Bl. 2).

Nachfragen und Bewerbungen für einen Studienplatz erfolgten in Anbetracht der restriktiven staatlichen Vereinbarungen häufig in Eigeninitiative der GewerkschafterInnen und ohne Rücksprache mit der Institutsleitung. Für einen Studienplatz konnte auch bei anderen Ländern des sozialistischen Weltsystems angefragt und darauf gehofft werden, dass sich die Restriktionen im bürokratischen Dschungel in Luft auflösten. So wandte sich der kenianische Student Ogola Kaloo von Bernau aus an die *Internationale Vereinigung der Land-, Forst- und Plantagenarbeiter*, die mit dem kommunistisch dominierten WGB affiliert war, und bat um einen Studienplatz in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion oder China. Der Fakultätsleiter Heinz Deutschland⁸ bekam vom Schreiben Ogolas Kenntnis, und machte der Gewerkschaftsvereinigung deutlich, dass ausländische Studierende ohne Absprache und Zustimmung ihrer Gewerkschaft und des FDGB keinen Studienplatz erhalten könnten (SAPMO-BArch, DY 44/972 – a, unpag.).

Klappte es in seltenen Fällen mit einem weiterführenden Studium in der DDR, so versuchten Bernau-AbsolventInnen nach der Rückkehr ihr kulturelles und symbolisches Kapital der Ausbildung in andere Kapitalformen zu konvertieren. Doch wie Eric Burton (2016: 116f.) feststellt, gestaltete sich die Anerkennung von Zeugnissen aus staatssozialistischen

⁸ Der Historiker Heinz Deutschland trat im Jahr 1961 mit nur 27 Jahren die Fakultätsleitung des *Instituts für Ausländerstudium* der FDGB-Gewerkschaftshochschule Fritz Heckert an, die er bis 1967 inne hielt (Angermann 2018: 47).

Ländern häufig schwierig. Dies galt für „östliche“ Universitätsabschlüsse, aber umso mehr noch für Abschlüsse von einer sozialistischen „Gewerkschaftshochschule“, der in den meisten afrikanischen Ländern kein Universitätsstatus und damit besonders wenig Prestige zugebilligt wurde. Dies mag auch ein Hinweis sein, weshalb vielen AbsolventInnen daran lag, ein Hochschulstudium oder eine Berufsausbildung in der DDR anzuhängen. In ihren Briefwechseln berichteten zahlreiche GewerkschafterInnen, wie sie nach ihrer Rückkehr in leitende Positionen aufgestiegen waren, aber auch von prekären Arbeitsverhältnissen und der Fragilität einer ideologisch wie politisch zerrissenen Welt. Zu lesen ist aber auch von persönlichen Errungenschaften und vom Stolz über das Erreichte nach der Rückkehr.

Die Briefwechsel zwischen den Bernau-AbsolventInnen und der Fakultätsleitung

Reisen von Gewerkschaftsdelegationen in Länder wie Mali, Ghana und Guinea waren eine Möglichkeit, wie ostdeutsche GewerkschafterInnen auf Bernau-AbsolventInnen treffen konnten. Vor Ort meinte sich die FDGB-Delegation davon überzeugen zu können, dass „diese ehemaligen Studenten die besten Agitatoren für unsere Deutsche Demokratische Republik in ihren Ländern sind.“ (SAPMO-BArch, DY 79/443 – e, Bl. 2) Die AbsolventInnen waren laut dem Bericht durchwegs in leitenden Positionen tätig, u.a. als Sekretäre der Nationalen Leitungen, Generalsekretäre der Industriegewerkschaften, Bezirks- und Regionalsekretäre sowie als Mitarbeiter im Staatsapparat (SAPMO-BArch, DY 79/443 – e, Bl. 2).

Eine andere Möglichkeit, Kontakt zu halten, bestand in wechselseitiger Korrespondenz. Der Fakultätsleiter, Heinz Deutschland, stand in regem Briefkontakt mit einer Reihe von Alumni. Deutschland zeigte sich interessiert daran, Material über die Gewerkschaftsbewegungen und nationalen Befreiungsbewegungen Afrikas zu erhalten und in einen Gedankenaustausch mit den AbsolventInnen zu treten, obwohl nicht selten auch vorgefertigte Absätze über politische Einschätzungen wortgleich an mehrere AbsolventInnen geschickt wurden. Die AbsolventInnen fragten ihrerseits ebenfalls häufig nach spezifischer, „sozialistischer“ Literatur und Deutschlehrbüchern oder baten um ein Duplikat vom verlustig gegangenen Zeugnis.

In den Briefen werden auch ganz persönliche Lebensgeschichten erzählt,

von denen ich einige im Folgenden skizzieren möchte. Viele dieser Geschichten handeln von den prekären Arbeitsverhältnissen, unter denen die GewerkschafterInnen in ihrer Heimat wirkten, von familiären Problemen und Krankheitsfällen, aber auch von der Anwendung bzw. dem Einfluss der Gewerkschaftsausbildung in der DDR auf ihre derzeitige Position und Verortung in der Gesellschaft. In einem Brief vom Februar 1964 beschrieb der Ghanaer J.A. Osei wie er marxistische Lektionen in die Praxis einbrachte:

„Before leaving Bernau, I was filled with ecstasy [sic!] that I had acquired the knowledge of Marxism enough to combat any capitalists' intrigues. In my National Union, the Union of Timber & Woodworkers, my knowledge of political economy makes it easy to challenge the most learned capitalist economist employer when we sit at the negotiating table.“ (SAPMO-BArch, DY 79/613 – a, unpag.)

Osei berichtete weiter, wie er als Vorsitzender eine Abfertigungszahlung für gekündigte MitarbeiterInnen seiner Gewerkschaft durchsetzen konnte. Er zeigte sich zuversichtlich, mit den anderen ghanaischen Bernau-AbsolventInnen die Massen zu mobilisieren und den Aufbau des Sozialismus in Ghana weiter vorantreiben zu können, und erhoffte sich ein Wiedersehen mit der DDR:

„Dear Comrade, I have never in a moment stopped brooding over the happiest days I had in your wonderful country – the G. D. R. If I have the means and the will, I would make it to a point to visit your country to meet your friendloving people once more.“ (SAPMO-BArch, DY 79/613 – a, unpag.)

Der Wunsch, das Lehrpersonal der Gewerkschaftshochschule in der DDR erneut zu besuchen, wurde häufig vorgetragen. In ihrer Heimat stieg eine beträchtliche Zahl der Briefe schreibenden Bernau-AbsolventInnen zu GeneralsekretärInnen oder in andere Leitungsfunktionen ihrer Gewerkschaften auf. Kezias Lungu verkündete im Jänner 1967 gegenüber der Fakultätsleitung stolz, dass er nun der neuen Gewerkschaft *Hotel Catering Workers Union of Zambia* vorstand, die er mitbegründet hatte und deren Mitgliederzahl Lungu zum Zeitpunkt des Schreibens mit rund 25.000 bezifferte: „And how proud would you be of it? Is this not a wonderful thing I have done?“ (SAPMO BArch, DY 79/619 – b, unpag.)

Der Kenianer Henry Koweru berichtete im April 1964 von seiner Wahl zum Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft: „I was elected the General Secretary throwing out the former imperialist stooge.“ Koweru folgte einer Einladung zur 4. Internationalen Konferenz der Minenarbeiter in der Sowjetunion, und wollte auf dem Rückweg von Moskau einen Zwischenstopp in der DDR einlegen (SAPMO BArch, DY 79/613 – c, unpag.). Deutschland leitete das Gesuch an den FDGB-Bundesvorstand weiter und zeigte sich überzeugt, dass Koweru einen entsprechenden Bescheid erhalten werde (SAPMO BArch, DY 79/613 – d, unpag.).

Anderen Bernau-AbsolventInnen war weniger Erfolg beschieden, was auch mit geschlechtsspezifischen Opportunitätsstrukturen zusammenhing. In einem handschriftlich auf Deutsch verfassten Brief berichtete A. Sane über ihre derzeitige Lage in Uganda: „Unglücklicherweise [haben] die Arbeitgeber hier [...] keine Überzeugung, daß eine Frau als Gewerkschaftsfunktionär arbeiten kann. Die Bevölkerung ist nicht ideologisch gefestigt, daß Frauen auch in Industrien, in Produktion teilnehmen [können].“ Die Arbeiter treffe für ihre „ideologische Rückständigkeit“ keine Schuld, aber Sane sah nicht ein, deswegen arbeitslos sein zu müssen. Das politische Klima in Uganda verschlimmere sich stetig, und als einzige Möglichkeit, um ihre „Zukunft zu verbessern“, bat Sane den Fakultätsleiter Deutschland, ob er für sie einen Studienplatz organisieren könne, Medizin wäre ihr Herzenswunsch (SAPMO BArch, DY 79/619c, unpag.).

In seiner Antwort rund einen Monat später lobte Heinz Deutschland die Sprachkenntnisse von Sane. Ihre Situation nach der Rückkehr fand er „sehr bedauerlich“. Doch im Hinblick auf den Studienplatz könne er ihr nicht helfen. Da Medizin ein staatliches Studium sei, gäbe es Studienplätze nur über Regierungsvereinbarungen. „Du weißt selbst, liebe Kollegin Sane, wie die Beziehungen zwischen Deiner Regierung und der Regierung der DDR aussehen. Ich hoffe sehr, daß sie sich bald verbessern werden, denn dann gibt es für Euch in Uganda auch bessere Möglichkeiten, ein gewünschtes Studium bei uns aufzunehmen.“ (SAPMO BArch, DY 79/619 – d, unpag.)

Conclusio

Ob individuelle Wünsche zu weiterführenden Bildungswegen in der DDR, wie sie die Gewerkschafterin A. Sane äußerte, erfüllt wurden, hing von der Qualität der Regierungs- bzw. Gewerkschaftsbeziehungen des

Herkunftslandes mit Ostberlin ab. Ausbildungen für GewerkschafterInnen wurden über den FDGB und die afrikanischen Partnergewerkschaften abgewickelt, die Studienplatzvergabe für Fächer wie Medizin erfolgte über staatliche Kanäle wie Regierungsvereinbarungen. Hatte sich das Verhältnis zum Entsendestaat—wie im Fall Uganda—merklich abgekühlt, sanken die Chancen für einen erneuten Ausbildungsaufenthalt in der DDR rapide.

Als „Massenorganisation“ der regierenden SED leistete der FDGB auf internationaler Ebene seinen Beitrag zur Erfüllung der „sozialistischen Weltrevolution“ unter der Führungsmacht Sowjetunion. Wie die Analyse des Curriculums bezeugt, sollte mit der Ausbildung in Bernau politisch-ideologischer Einfluss auf zukünftige, der DDR wohlgesonnene, „Kader“ ausgeübt werden. Die Grundlage dafür bildete der „wissenschaftliche Sozialismus“ in Gestalt des Marxismus-Leninismus, dessen blinde Flecken im Umgang mit den Befreiungsbewegungen und gewerkschaftlichen Kämpfen in afrikanischen Kontexten Unbehagen unter den Lehrenden auslösten und zu ernst gemeinten Versuchen führten, das Curriculum stärker an den Bedürfnissen der afrikanischen Gewerkschaften auszurichten. Die grundlegende Fixierung auf den Orbit des Marxismus-Leninismus blieb dennoch unangetastet.

Wie ich aufgezeigt habe, nutzten afrikanische Studierende in Bernau ihre Handlungsspielräume und machten Wünsche, Ansprüche und Beschwerden geltend und bewirkten damit u.a. Änderungen im Curriculum und den Ausschluss von negativ aufgefallenen Praktikumsbetrieben. Manche GewerkschafterInnen konnten nach ihrer Zeit in Bernau ein Studium an staatlichen Hoch- oder Fachschulen der DDR antreten. Neben allgemeinen Schwierigkeiten, die ein Studium in einer fremden Umgebung und das Erlernen einer neuen Sprache mit sich brachte, thematisierten Studierende ihre Rassismuserfahrungen. Studentische Beschwerden über rassistisches Verhalten wurden nach dem offiziellen Skript der SED verhandelt, das die Existenz von „Rassendiskriminierung“ an der Hochschule oder in den Betrieben negierte, weshalb die Studierenden zu subtileren Beschwerdestrategien übergingen.

Einige Bernau-Studierende versuchten ihren Aufenthalt als Sprungbrett für eine weitere Ausbildung oder ein Hochschulstudium in der DDR oder anderen Ländern in „Ost“ oder „West“ zu nutzen. Mit persönlichen Bitten um Stipendien wandten sie sich an unterschiedliche Akteure und Institutionen im In- und Ausland, in der Hoffnung auf eine bessere

Zukunft.

Diejenigen Studierenden, die als AbsolventInnen in ihre Heimat zurückkehrten, stiegen nicht selten in leitende Positionen auf, was sie aber nicht vor prekären Arbeitsverhältnissen und einer politisch instabilen Wetterlage bewahrte; der ideologische Wind konnte rasch drehen und eine Ausbildung im sozialistischen Ausland entwerten. Dennoch ist ihr Briefwechsel charakterisiert durch eine Aufbruchsstimmung, den Willen zur gesellschaftlichen Transformation und die Anwendung des erlernten Wissens auf die Heimatkontexte. Zu Generalsekretären aufgestiegene Gewerkschafter wie der Kenianer Henry Koweru ernteten die Früchte des neuen Status und bewegten sich zwischen den Ländern des sozialistischen Weltsystems. Andere wiederum, wie der zentralafrikanische Gewerkschafter Paul Danga, waren erschöpft von der Kräfte zehrenden Arbeit und gönnten sich die lang ersehnte Pause: „Nach 15 Jahren Klassenkampf habe ich Urlaub, den ich hier in der Provinz verbringe.“ (SAPMO BArch, DY 79/619 – e, unpag.)

Literatur

- Angermann, Eric (2018): „Ihr gehört auch zur Avantgarde“. Afrikanische Gewerkschafter an der FDGB-Hochschule Fritz Heckert (1961-1963). Masterarbeit, Georg-August-Universität Göttingen.
- Behrends, Jan C./ Lindenberger, Thomas/ Poutrus, Patrice G. (Hg. 2003): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Berlin: Metropol.
- Bundesarchiv (2006): <http://www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/projekt.html> [Letzter Zugriff: 7.12.2017]
- Burton, Eric (2016): African Manpower Development during the Global Cold War. The Case of Tanzanian Students in the Two German States. In: Exenberger, Andreas/ Pallua, Ulrich (Hg.): Africa Research in Austria. Approaches and Perspectives. Innsbruck: innsbruck university press, 101–134.
- Burton, Eric (2017a): „Tansanias ‚Afrikanischer Sozialismus‘ und die Entwicklungspolitik der beiden deutschen Staaten: Akteure, Beziehungen und Handlungsspielräume, 1961-1990“. Dissertation, Universität Wien.
- Burton, Eric (2017b): Review: De Saint Martin, Monique/Scarfo Ghellab, Grazia/Mellakh, Kamal (Hg.). 2015. Étudier à l'Est. Expériences de diplômés africains. In: Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien, 32/17, 148-150.
- Cabral, Amílcar (2007 [1973]): Unity & Struggle. Speeches and Writings. Pretoria: Unisa.
- Cooper, Frederick (1996): Decolonization and African society. The labor question in French and British Africa. Cambridge: Cambridge University Press.

- Cooper, Frederick (2014): *Africa in the World. Capitalism, Empire, Nation-State*. Cambridge (M.A.): Harvard University Press.
- Davis, Ioan (1966): *African Trade Unions*. Harmondsworth: Penguin Books.
- Engel, Ulf (2009): "I will not recognise East Germany just because Bonn is stupid". *Anerkennungsdiplomatie in Tansania, 1964-1965*. In: van der Heyden, Ulrich/Benger, Franziska (Hg.): *Kalter Krieg in Ostafrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania*. Münster: Lit, 9–30.
- Fröhlich, Birgit (1993): *Gedanken zur Entwicklungszusammenarbeit der DDR mit Afrika*. In: van der Heyden, Ulrich/Schleicher, Ilona/Schleicher, Hans-Georg (Hg.): *Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken*. Münster: Lit, 148–164.
- Geiss, Imanuel (1965): *Gewerkschaften in Afrika*. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen.
- Gleijeses, Piero (2002): *Conflicting Missions. Havana, Washington, and Africa, 1959-1976*. Chapel Hill: The University of North Carolina Press.
- Graewe, Wolf-Dieter (1998): *Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der DDR*. In: Bücking, Hans-Jörg (Hg.): *Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*. Berlin: Duncker & Humblot, 81–94.
- IZA/KKM/tdh/BAOBAB (Hg. 1993): *Schwarz-weiße Zeiten. AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik. Interviews - Berichte - Analysen*. Bremen: IZA.
- James, Leslie Elaine (2012): *„What we put in black and white“: George Padmore and the practice of anti-imperial politics*. Dissertation, London School of Economics.
- Krüger-Potratz, Marianne (Hg. 1991): *Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR*. Münster: Waxmann.
- Mac Con Uladh, Damian Henry Tone (2005a): *Guests of the socialist nation? Foreign students and workers in the GDR, 1949-1990*: PhD Thesis, University of London.
- Mac Con Uladh, Damian (2005b): *"Studium bei Freunden?" Ausländische Studierende in der DDR bis 1970*. In: Christian Th. Müller und Patrice G. Poutrus (Hg.): *Ankunft - Alltag - Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*. Köln: Böhlau, 175–220.
- Miller, Norman N. (1984): *Kenya. The Quest for Prosperity*. Boulder: Westview.
- Müller, Christian Th./ Poutrus, Patrice G. (Hg. 2005): *Ankunft - Alltag - Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*. Köln: Böhlau.
- Pugach, Sara (2015): *African Students and the Politics of Race and Gender in the German Democratic Republic*. In: Slobodian, Quinn (Hg.): *Comrades of color. East Germany in the Cold War world*. New York: Berghahn, 131–156.
- Pugach, Sara (2016): *African Students in Cold War Leipzig: Using University Archives to Recover a Forgotten History*. In: Castryck, Geert/ Strickrodt, Silke/ Werthmann, Katja (Hg.): *Sources and Methods for African History and Culture. Essays in Honour of Adam Jones*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 541-564.
- Rabenschlag, Ann-Judith (2014): *Völkerfreundschaft nach Bedarf. Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR*. Dissertation, Universität Stockholm. Stockholm: Acta Universitatis.

- Rwezahura, Christopher (o. J.): A Tanzanian in Moscow. Dar es Salaam: Novosti Press Agency.
- Saint Martin, Monique de/ Ghellab, Grazia Scarfò/ Mellakh, Kamal (Hg. 2015): Étudier à l'Est. Expériences de diplômés africains. Paris: Éditions Karthala.
- Schenck, Marcia C. (2016): From Luanda and Maputo to Berlin. Uncovering Angolan and Mozambican Migrants' Motives to Move to the German Democratic Republic (1979–1990). In: African Economic History 44 (1), 202–234.
- Schicho, Walter (2004): Handbuch Afrika. Band 3. Nord- und Ostafrika. Frankfurt am Main: Brandes und Apsel.
- Schleicher, Hans-Georg (1993): Afrika in der Außenpolitik der DDR. In: van der Heyden, Ulrich/Schleicher, Ilona/Schleicher, Hans-Georg (Hg.): Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster: Lit., 10–30.
- Schleicher, Hans-Georg (2014): The German Democratic Republic (GDR) in the Liberation Struggle of Southern Africa. In: Temu, Arnold J./Tembe, Joel das N. (Hg. 2014): Southern African liberation struggles: contemporaneous documents 1960 - 1994. 9 Bde. (8. Countries and regions outside SADC), 449–561.
- Schleicher, Ilona (1994): FDGB-Offensive in Westafrika. Der Gewerkschaftsbund im Jahr Afrikas. In: van der Heyden, Ulrich/Schleicher, Ilona/Schleicher, Hans-Georg (Hg.): Engagiert für Afrika. Die DDR und Afrika II. Münster: Lit, 82–93.
- Schleicher, Ilona (1998): Elemente entwicklungspolitischer Zusammenarbeit in der Tätigkeit von FDGB und FDJ. In: Bücking, Hans-Jörg (Hg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Berlin: Duncker & Humblot, 111–138.
- Scott, James C. (1990): Domination and the arts of resistance. Hidden transcripts. New Haven: Yale University Press.
- Slobodian, Quinn (2015): Socialist Chromatism. Race, Racism, and the Racial Rainbow in East Germany. In: Quinn Slobodian (Hg.): Comrades of color. East Germany in the Cold War world. New York: Berghahn, 23–39.
- Storkmann, Klaus P. (2012): Geheime Solidarität. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in die "Dritte Welt". Dissertation, Hamburg. Berlin: Ch. Links.
- Temu, Arnold J./ Tembe, Joel das N. (Hg. 2014): Southern African Liberation Struggles 1960 - 1994. Contemporaneous Documents. 9 Bde. Dar es Salaam: Mkuki na Nyota.
- Teubert-Seiwert, Bärbel (1987): Parteipolitik in Kenya 1960 - 1969. Dissertation, Freie Universität Berlin. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Unfried, Berthold (2016): Friendship and Education, Coffee and Weapons. Exchanges between Socialist Ethiopia and the German Democratic Republic. In: Northeast African Studies 16/1, 15–38.
- van der Heyden, Ulrich (2013): GDR International Development Policy Involvement. Doctrine and Strategies between Illusions and Reality 1960 – 1990. The Example (South) Africa. Münster: Lit.
- van der Heyden, Ulrich/ Schleicher, Ilona/ Schleicher, Hans-Georg (Hg. 1993): Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster: Lit.
- van der Heyden, Ulrich/ Schleicher, Ilona/ Schleicher, Hans-Georg (Hg. 1994): Engagiert für Afrika. Die DDR und Afrika II. Münster: Lit.

- van der Heyden, Ulrich/ Semmler, Wolfgang/ Straßburg, Ralf (Hg. 2014): Mosambikanische Vertragsarbeiter in der DDR-Wirtschaft. Hintergründe - Verlauf - Folgen. Berlin: Lit.
- Westad, Odd Arne (2005): The Global Cold War: Third World Interventions and the Making of Our Times. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wiedmann, Roland (1987): Strukturen des Ausländerstudiums in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Ily, Hans F./Schmidt-Streckenbach, Wolfgang (Hg.): Studenten aus der dritten Welt in beiden deutschen Staaten. Berlin: Duncker und Humblot, 67–100.
- Winrow, Gareth (2009 [1990]): The Foreign Policy of the GDR in Africa. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zwengel, Almut (Hg. 2010): Die "Gastarbeiter" der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt. Berlin: Lit.

Archivquellen:

SAPMO Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde:

DY 44/972 – a: Heinz Deutschland an Gerhard Pawelzig, Bernau, 19.2.1966

DY 44/972 – b: Internationale Verbindungen, Bernau, 19.3.1966, „Aktennotiz über die Aussprache mit einem Vertreter der Hochschule der Deutschen Gewerkschaften, Ausländerinstitut, über den Einsatz der afrikanischen Studenten in landwirtschaftlichen Betrieben vom 7.2.-5.3.1966“

DY 44/972 – c: Fakultät für Ausländerstudium, Mayer, Bernau, 3.1.1966, „Leitfaden für die Tätigkeit des Betreuers beim praktischen Einsatz der Studenten in den Betrieben“

DY 44/972 – d: Fakultät für Ausländerstudium, Kampfert, o.D., „Sekretariatsvorlage für das Praktikum der ausländischen Gewerkschaftsfunktionäre des 5. und 6. Lehrgangs an der Fakultät für Ausländerstudium der Hochschule der Deutschen Gewerkschaften «Fritz Heckert»“

DY 79/271 – a: Hochschule der Deutschen Gewerkschaften – Institut für Ausländerstudium, Bernau, o.D., „Lehrplan des 3. afro-asiatischen Lehrgangs 1962/63“

DY 79/271 – b: Fakultät für Ausländerstudium, Bernau, 20.10.1960, „Lehrplan für einen Lehrgang für Gewerkschafter, die auf dem Gebiet der internationalen Arbeit des FDGB arbeiten sollen“

DY 79/271 – c: Bernau, 12.5.1961, „Lehrplan für den Deutschunterricht der ausländischen Studenten in der Zeit vom 10. Mai bis 30. Juli 1961“

DY 79/406: Präsidiumsvorlage zur Arbeit des FDGB und seiner Gewerkschaften nach Afrika, 11.01.1960

DY 79/443 – a: Fakultät für Ausländerstudium, 5.5.1965, „Anhang zur Analyse“

DY 79/443 – b: Fakultät für Ausländerstudium, Bernau, 28.4.1965, „Analyse der Arbeit im 4. Lehrgang für Gewerkschafter aus Asien und Afrika“

DY 79/443 – c: Fakultät für Ausländerstudium, Bernau, 23.12.1963, „Die politisch-ideologische Situation im 4. Lehrgang für Gewerkschaftsfunktionäre aus Afrika und Asien nach Abschluß der ersten Arbeitsperiode in diesem Lehrgang“

(September bis Dezember 1963)“

DY 79/443 – d: Fakultät für Ausländerstudium, o.D. [1963], „Einschätzung der ideologisch-politischen Situation im Lehrgang und die Arbeit der Leitung“

DY 79/443 – e: Fakultät für Ausländerstudium, o.D. [1963], „Erfahrungen und Lehren für die weitere Ausbildung von Studenten am Institut für Ausländerstudium der Hochschule der Deutschen Gewerkschaften «Fritz Heckert»“

DY 79/443 – f: Fakultät für Ausländerstudium, Bernau, 8.11.1963, „Einschätzung der ideologisch-politischen Situation im 4. Lehrgang in der Zeit vom 19.10.-9.11.63“

DY 79/443 – g: Fakultät für Ausländerstudium, o.D. [1963], „Arbeitsplan für das IV. Quartal 1963 auf dem Arbeitsgebiet Studentenangelegenheiten“

DY 79/613 – a: J.A. Osei an Heinz Deutschland, 12.2.1964

DY 79/613 – b: Heinz Deutschland an Osée Nbaitjongué, Bernau, 5.3.1964

DY 79/613 – c: Henry A. Y. Koweru an Heinz Deutschland, Nairobi, 10.4.1964

DY 79/613 – d: Heinz Deutschland an Henry A. Y. Koweru, Bernau, 22.4.1964

DY 79/615: J.A. Osei, o.D. [Juli 1964], „My Impression of the German Democratic Republic“

DY 79/619 – a: Joseph Ndungu an Prof. Dr. Kampfert, Nairobi, 13.12.1966

DY 79/619 – b: Kezias Lungu an Powik, Kitwe, 18.1.1967

DY 79/619 – c: A. Sane an Heinz Deutschland, Jinja, 18.10.1966

DY 79/619 – d: Heinz Deutschland an A. Sane, Bernau, 15.11.1966

DY 79/619 – e: Paul Danga an die Direktion der Gewerkschaftshochschule, Bangui, 24.1.1967

DY 79/638: Filipowski an Ellereit, ohne Titel, 10.12.1968

Zeitungen:

Neues Deutschland, „Erste Gäste in Berlin eingetroffen“, 29.06.1962

Neues Deutschland, „Anerkennung aus den jungen Nationalstaaten“, 9.11.1963

Neues Deutschland, „Besuch in Kenia“, 14.12.1964

Abstract

The wave of political decolonization in the “Year of Africa” 1960 opened up new channels of mobility for African actors. For the East German Free German Trade Union Confederation (FDGB), this year marked the beginning of close relations with trade unions and liberation movements on the African continent. As a result, trade unionists from at least nineteen African countries studied at the *Ausländerinstitut* (Foreigners' Institute) of the trade union college *Fritz Heckert* in Bernau close to Berlin in the 1960s. There, students acquired a theoretical-political education and "tools" for the concrete application of the training to their national (liberation) contexts and trade union

work. Based on a critical analysis of East German archival material (syllabuses, minutes of meetings, internship reports and correspondence), this article examines individual experiences, the institutional framework of the trade union college and “anti-imperialist solidarity” in the age of the East-West conflict. Student complaints about racism tested the “public transcript” of East German “anti-imperialist solidarity” and revealed strategies of concealment by the faculty leadership. In addition to an analysis of the acquisition of knowledge characterized by Marxism-Leninism, I show how the African trade unionists tried to use their studies in Bernau as a “door opener” for social upward mobility.